

7. Engagement in bestehenden Gruppen: Strategien und Grenzen von Integrationsprozessen

Im Kapitel 4 habe ich aufgezeigt, dass die Koordination von Engagement eher die individuellen Bedürfnisse von Freiwilligen fördert und reproduziert, während interkulturelle Begegnungsorte zwar politisch gewünscht sind, aber nur informell und subsidiär entstehen können (verwaltungs-unabhängige Förderung). Das Thema dieses Kapitels ist die Frage, wie in diesen Strukturen die Entstehung von Begegnungsorten realisiert werden kann und was dies in der Praxis erschwert.

Ich werfe dazu einen Blick auf die Strategien bestehender Gruppen in unterschiedlichen Institutionen (Bürgerverein, Kirche, Migrantenbeirat) in Bezug auf die Etablierung solcher Angebote. Die Frage ist, wie politischer Anspruch auf Mitsprache und ›Integration‹ (langfristige Hilfe) und praktische Unterstützung (kurzfristige Hilfe) miteinander verbunden werden können und wie bestehende Gruppen versuchen, dies umzusetzen. Meine These ist, dass die Verstärkung asylpolitischer Themen ab 2015 und die Intensivierung der Integrationspolitiken in Kommunen und Land (vgl. Kapitel 6.1) die bestehenden Gruppen und bereits aktiven Einzelpersonen in ihrer Rolle als Vermittelnde und Übersetzer stärkte. Dies geschah einmal durch eine Steigerung der Aufmerksamkeit, der Würdigung und damit des Selbstverständnisses der Akteur*innen, zum anderen durch eine damit sehr eng zusammenhängende Veränderung oder Neuauslegung politischer und gesellschaftlicher Felder. Gleichzeitig wird deutlich, dass trotz der positiven Bekenntnisse der Stadtverwaltung zu Weltoffenheit und politischer Teilhabe aller Menschen in Leipzig (vgl. Sozialamt Leipzig 2012), die Umsetzung der Schaffung von Begegnungsorten auf persönliche Netzwerke und interpersonale Beziehungen von Schlüsselpersonen angewiesen ist. Solche Policies können nur in politischen Feldern wirkmächtig werden, die den Akteur*innen darin Handlungsräume ermöglichen, in denen auch *ihre* Zukunftsvisionen eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 6).

Im Folgenden analysiere ich am Beispiel einer Stadtteilgruppe, am Beispiel von freiwilligem Engagement für Geflüchtete aus Kirchgemeinden heraus sowie am Beispiel des Migrantenbeirates, wie deren Engagement sich jeweils durch die Entwicklungen im Forschungszeitraum veränderte.

7.1 Strategien politischer Einflussnahme

Anhand des Beispiels der Stadtteilgruppe (vgl. Kapitel 3.2) zeige ich auf, welche Ziele die Gruppe mit welchen Strategien verfolgte. Dabei wird deutlich, dass sie individuelle Beziehungen und Netzwerke nutzte, um sich einen Raum für politische Mitsprache zu erkämpfen.

Die Stadtteilgruppe hatte einen Forderungskatalog erstellt für die Unterbringungsbedingungen in der Erstaufnahmeeinrichtung, die im Viertel gebaut werden sollte. Diese Forderungen richteten sich vor allem an die Landesdirektion Sachsen, bei der die Verantwortung für die Unterkunft lag. Die Gruppe wollte Einfluss nehmen auf die Gestaltung der Räumlichkeiten und Schaffung der Angebote für Verpflegung, Hygiene, Freizeit und Gemeinschaft vor Ort. In den Forderungen geht es darum, dass das Land Sachsen mehr Geld aufwenden soll, als in den offiziellen Regulierungen vorgesehen ist. An die »Stadt« gerichtet gab es nur eine Forderung, die die Gestaltung des Umfeldes der Unterkunft betrifft (mehrsprachige Beschriftung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Umgebung). Dieser Versuch, etwas »Konkretes« zu bewirken, reiht sich ein in die in Kapitel 3 angesprochene Auseinandersetzung der Gruppe mit ihrer Positionierung in der gewachsenen Vielzahl an Unterstützungsgruppen. Kurt Wittner formulierte die Schwierigkeit, sich zwischen kurzfristiger Hilfe und langfristiger politischer Mitsprache zu positionieren. Einfluss auf die Gestaltung der Unterkunft zu nehmen, sollte ein Weg sein, um endlich auch etwas »für Flüchtlinge« zu bewegen (vgl. Interview Kurt Wittner 10.03.16).

Diesen Forderungskatalog hatte man an den Stadtbezirksbeirat gegeben und mit dem zuständigen Vertreter der Landesdirektion (im Folgenden LDS) vereinbart, darüber ins Gespräch zu kommen. Von dort gab es lange Zeit keine Antwort auf die Gesprächsanfrage. In der Folge nutzten die Mitglieder erfolgreich ihre persönlichen Kontakte in die höhere hierarchische Politik-Ebene, um zu erwirken, dass der zuständige Referatsleiter der LDS sich mit ihnen in Verbindung setzt (vgl. Interview Ramon Breitenbach, 03.03.16). Es schwingt Stolz mit, über diese Strategie, als Heinz Brand mir davon berichtet:

»Das Gute ist, dadurch dass bei uns ja der Herr Wittner ist, der ist auch in der »Partei«,¹ und am Anfang war ja noch der [Herr X] bei uns, aber der hat ja nun als Landtagsabgeordneter kaum Zeit, [Y] war auch mit dabei, der hat auch keine Zeit mehr, weil der jetzt auch im Land ist. Aber die haben dadurch bei uns auch einen guten Draht gleich zu [einer*m Staatsminister*in²]. Wenn da irgendwelche Probleme sind, können wir das gleich an die entsprechenden Stellen weitergeben, damit da was passiert. Das haben wir jetzt auch gemerkt. Wir haben das auch

1 Sagt Namen der Partei.

2 Anonymisierung durch die Autorin.

weitergegeben, weil sich der Mitarbeiter der LDS überhaupt nicht mehr gemeldet hat [...] und schwupp, danach hat er sich gemeldet. Das ist der Vorteil von so einer Gruppe, die so gemischt ist.« (Interview 11.12.15)

Mit »so gemischt« meint er Menschen, die verschiedenen Parteien angehören oder in unterschiedlichen politischen Ebenen arbeiten, wie im weiteren Gespräch deutlich wurde. Dieses Wissen um persönliche Beziehungen in die politische Ebene trägt auch zu einem gewissen Selbstbewusstsein bei über die eigene Rolle als Schlüsselfigur. Die Mitglieder der Gruppe sind zum einen gut über ihre politischen Beziehungen vernetzt, zum anderen verstehen sie sich als Schlüsselfiguren, die Kontakt zur Gesellschaft im Stadtteil haben. Aufgrund ihrer bisherigen positiven Erfahrungen mit Bürgerdialogen aus dem Anlass anderer Vorkommnisse im Stadtviertel wissen sie um ihre wichtige Rolle und den Gewinn, den ihr Dialog ausmacht. Dies ist neben den Beziehungen etwas, dass sie in ihrer Auseinandersetzung als Ressource verstehen. Die Erfahrung von Wirksamkeit trägt zu einem politischen Selbstbewusstsein bei. Als die Gruppe eine Weile lang wieder keine Antwort vom Mitarbeiter der LDS bekam, so berichtet Brand, haben sie »beschlossen, dass wir Druck machen, dass man dem eine Frist setzt«.

»Ansonsten müssen wir das dann öffentlich machen. Wir können ja auch ganz anders auftreten. Wir sind keine abhängige Truppe von Behörden oder sowas, die sich zurückhalten müssen. Und da werden wir dann auch laut werden. Also das ist Fakt.« (Interview Heinz Brand 11.12.15)

Nach einigem Hin und Her gab es dann tatsächlich einen Termin, an dem das Treffen mit der Vertretung der LDS in Leipzig stattfinden sollte. Die Stadtteilgruppe hatte ursprünglich in ihre Räumlichkeiten eingeladen, weil sie möglichst vollständig am Gespräch teilnehmen wollte. Der Vertreter der LDS lud hingegen in seine »Dienststelle« ein (entsprechende E-Mail). Die Gruppe kündigte also an, dass dann zum Termin etwa 12-15 Menschen kommen würden, woraufhin der LDS-Mitarbeiter antwortete, es gebe nur Platz für drei Personen. Dagegen legte die Gruppe einen Widerspruch ein, doch die LDS blieb dabei: Man habe nur drei Stühle für Gäste im Büro und wolle nicht, dass jemand stehen müsse. Der Schlagabtausch über die Anzahl der Plätze nahm in der Folge eine Dynamik an, die skurril wurde. Am Abend vor dem Treffen mit der LDS traf sich die Stadtteilgruppe. Hauptthema war natürlich das Treffen am nächsten Tag und die Stuhlproblematik. Man entschied sich, drei Leute hinzuschicken und noch eine Person mehr, nämlich mich als »wissenschaftliche Assistentin«. Ich hatte im Vorfeld mein Interesse daran bekundet, an dem Treffen teilzunehmen. So würde ich nun das Protokoll für die Gruppe schreiben und den ganzen Prozess »von außen« beobachten. Aufgrund der im Vorfeld diskutierten Stuhlproblematik brachten wir dann zum Termin am nächsten Tag einen Klappstuhl mit, auf dem ich als zusätzliche Person sitzen sollte. Bei der

Security am Eingang gab es eine kurze Irritation, warum wir zu viert sind, doch man ließ uns dennoch hinein. Den Mitarbeiter*innen der LDS sagten wir nur augenzwinkernd, dass wir uns selbst einen Stuhl mitgebracht haben. Dem wurde nicht widersprochen. Am Ende blieb der Klappstuhl als symbolisches Zeichen in der Ecke stehen, da für mich dann doch noch ein Stuhl gefunden wurde.

Diese Auseinandersetzung und Strategiesuche im Vorfeld des Treffens trug sehr zu einem positiven Gruppengefühl bei und bestärkte die Gruppe, trotz rigider Vorgaben handlungsfähig zu sein, wenn es auch eher eine symbolische Erweiterung des Stuhlkreises um einen Platz war. Es ging vor allem darum, etwas zu erreichen, mitsprechen zu dürfen. Das Treffen wurde daher von einem gewissen vorfreudigen Enthusiasmus begleitet. Die Stadtteilgruppe zeigte sich am Abend zuvor voller Selbstbewusstsein, angesichts der Chance, politisch tatsächlich einmal etwas mitgestalten zu können. Die Gruppe hatte viel Hoffnung in den Termin gesteckt, danach zukünftig partizipieren zu können. Sie wollten gern teilhaben an der Gestaltung der Unterkunft. Ich habe mich auch mitreißen lassen und war ganz gespannt, was am nächsten Tag passieren würde.

Gerade nach dieser Einstimmung war das Treffen mit der LDS vor allem ernüchternd und enttäuschend. Seitens der Vertretung der LDS wurden sehr schnell die Grenzen klar gemacht: Diese Dienststelle der LDS in Leipzig betreibe keine Standortpolitik, sie hat außerdem auch keinen Einfluss auf Standortentscheidungen der Stadt Leipzig. Die Ausstattung der EAE erfolge nach festgelegten Standards vom Sächsischen Ministerium des Inneren (vgl. Sächsisches Ministerium des Innern 2015). Die Einrichtung der Erstaufnahmeeinrichtung nimmt der Betreiber in Abstimmung mit dem Freistaat vor. In diesen kurzen Sätzen, die den bürokratisch festgelegten Handlungsrahmen skizzieren und auf dem Treffen deutlich gemacht wurden lässt sich im Prinzip das Ergebnis des Treffens zusammenfassen. Interessant ist, dass dies alles Fakten sind, die schon vorher bekannt waren, die aber in diesem Wunsch, doch – dieses eine Mal – etwas erreichen zu können, von keinem mehr so richtig nüchtern betrachtet wurden im Vorfeld.

Der Konsens, der ausgehend von diesen bürokratischen Regulierungen bei dem Treffen gebildet wurde, war sehr flach: Es wurde seitens der LDS versichert, dass bei der Einrichtung der EAE die Belange der Asylsuchenden sehr deutlich im Mittelpunkt stehen. Die geplante Informationspolitik soll darauf abzielen, dass die restliche Bevölkerung dem Projekt offen gegenübersteht und alle Beteiligten friedvoll miteinander, wenigstens nebeneinander werden leben können. Bezüglich der Umsetzung gingen die Meinungen schon wieder auseinander, denn die Personalvertretung der LDS machte deutlich, dass die Informationen lieber erst sehr spät an die Bevölkerung herausgegeben werden sollten. Die Mitglieder der Stadtteilgruppe hingegen waren in ihren Gesprächen mit den Menschen in der Bevölkerung oft mit der Forderung und dem Vorwurf konfrontiert, zu spät informiert zu werden. Die Stadtteilgruppe beschrieb, dass sich daraus viel Wut in der Bevölkerung speise.

Die Öffentlichkeitsarbeit finde aber durch eine andere Abteilung in Dresden statt, das sei eben Bürokratie, so sei das überall. Der Vertreter der LDS räumte aber ein, zu Informationsabenden bereit zu sein, wenn diese durch die Stadtteilgruppe früh genug geplant würden.

Die Mitglieder der Stadtteilgruppe sind mit ihren Stärken, die sie für sich im Vorfeld formulierten, nämlich Bürgernähe, gute Dialogmöglichkeiten, gegen eine Wand gelaufen, da sie akzeptieren mussten, da die für sie relevanten Felder der Öffentlichkeitsarbeit und inhaltlichen Mitgestaltung nicht in im Wirkungsbereich ihres Ansprechpartners liegen. Das was in ihrer Nachbarschaft entsteht, wird zu diesem Zeitpunkt von Dresden aus gesteuert und lässt in seiner formellen Bestimmung Mitgestaltung erst zu einem viel späteren Zeitpunkt zu. Dazu bedarf es dann des Dialogs mit dem Träger der Unterkunft. Man kann sagen, dass der Versuch, politisch eine Verbesserung der strukturellen Unterbringungsbedingungen zu unternehmen, sich hier nicht an die relevanten Entscheidungsträger gerichtet hat. Die Strategie hat sich an die einzig erreichbaren Ansprechpersonen gerichtet, die auch nur mit Mühe erreicht werden konnten. Das Vorspiel zu diesem Treffen war schon aufgeladen. Die LDS hat zudem als landespolitische Institution bisher kaum Erfahrung mit dem Kontakt zu lokaler Bevölkerung und politischer Teilhabe auf kommunaler Ebene. Dies wurde hier deutlich durch eine Abgrenzung von der Aufgabe, die Bevölkerung mitzunehmen und das Bestehen auf formellen Vorgängen. Angesichts dieser Erfahrung wird auch die Bedeutung der Arbeit der Stadtteilgruppe nochmal unterstrichen. Als Schlüsselfiguren in ihrem Stadtviertel vermittelten sie das Bedürfnis der Informationsweitergabe an die LDS.

Für Kurt Wittner, der auch an dem Treffen teilnahm, war diese Erfahrung »frustrierend« (Interview 10.03.16). Über die politische Reichweite der Gruppe und die Möglichkeit durch Beziehungen Druck aufzubauen, sagt er, dass es in der Theorie schon nütze. Resignierend stellt er aber fest: »Das haben wir uns ja eingebildet gegenüber der Landesdirektion. Aber es nützt ja bislang auch nichts. Wir kommen ja auch bloß nicht weiter.« (ebd. 10.03.16) Wie schon in Kapitel 3 beschrieben, beschäftigen ihn die Grenzen der eigenen Partizipationsmöglichkeit. Zu einem Teil bezog er das auch auf die schwachen Strukturen im Osten, in denen er sich allein gelassen fühlt. Im Zusammenhang mit der Nachfrage zu der Erfahrung mit der LDS kommt er darauf zurück:

»[W]as ich eben nach wie vor nicht verstehe ist, dass es offenkundig niemanden gibt in irgendeinem der Ministerien, der zentral sagt: ›Ich habe die politische Gesamtverantwortung dafür, dass das alles vernünftig läuft.‹ Ich meine, dass wir in das Bauvorhaben nicht reinregieren können, das ist ja klar, dass wissen wir ja selbst. Aber jemand, der irgendwo sagt: ›JA!‹ Der irgendwo auch das Interesse sieht mit der Verzahnung mit der Bevölkerung. Der irgendwo sagt: ›Naja, Mensch, da sind alle Kirchengemeinden aus der Umgebung da, da sind viele Parteien aus

der Umgebung da. Damit kann ich schon irgendwo in der Öffentlichkeit etwas erreichen. Und die muss ich mit einbinden, und die muss ich beteiligen und auf die muss ich hören, da muss ich zumindest den Eindruck erwecken. < Dass es da nach wie vor niemanden zu geben scheint, der sich in den Ministerien für so etwas zuständig fühlt.> (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Kurt Wittner reflektiert hier die Grenzen seiner politischen Arbeit angesichts einer fehlenden Stelle auf einer höheren politischen Ebene, die sich verantwortlich fühlt, das aufzunehmen, was auf der lokalen Ebene passiert, die »Verzahnung mit der Bevölkerung«. Gerade weil die Stadtteilgruppe bestehende Beziehungen nutzen konnte, wiegt die Enttäuschung schwerer. Es wurde deutlich, dass die Strategien, die zur Verfügung stehen und auf die die Gruppe einiges gehalten hatte, nicht ausreichten.

7.2 Kirche als Begegnungsort?

Im Forschungszeitraum wurde erneut deutlich, dass »die diakonische Arbeit der Kirchen trotz Entkirchlichung und Säkularisierung weiterhin gesellschaftlich sehr geschätzt wird und »[b]esonders in Krisensituationen [...] die Dienste der Kirchen gerne angenommen« werden (Maser 2018: 12). Kirchliche Wohlfahrtsträger übernahmen eine zentrale Rolle als Träger von Unterkünften und in der Koordination von freiwilligem Engagement (vgl. Strachwitz 2015: 34). Bestehende Kirchengemeinden organisierten offene Kirchencafés als Begegnungsorte, weitestgehend ohne missionarischen Hintergedanken, sondern aus dem Gedanken einer religiös verankerten Gastfreundschaft allen Menschen gegenüber heraus. Mitglieder von Kirchengemeinden waren auch in Initiativen außerhalb der Kirchengemeinde sehr aktiv und dadurch eine erhebliche Ressource für die Abdeckung freiwilliger Unterstützungsangebote (vgl. Interview Kurt Wittner 10.03.16; vgl. Interview Martin Ganske 07.09.16).

Dies alles passierte jedoch nicht ohne Konflikte, die sich zum einen auf den inneren Zusammenhalt in der Gemeinde als auch in Bezug auf die Gemeinde in ihrer Rolle in der Gesellschaft bezogen. Im Folgenden verdeutliche ich dies anhand eines empirischen Beispiels einer katholischen Gemeinde in Leipzig, deren Internationales Kirchencafé ich besuchte und in der Folge sowohl mit dem Pfarrer als auch mit den Initiatorinnen des Angebots mehrmals ins Gespräch kam sowie eine Podiumsdiskussion in der Gemeinde begleitete und moderierte.

Die Omnipräsenz der Geflüchtetenhilfe brachte die Kirchen in einen gewissen Zugzwang, auch etwas dazu beizutragen. Im Falle der katholischen Gemeinde A brauchte es einige Zeit und einige Anstöße, um selbst auch ein konkretes Projekt im Bereich der Geflüchtetenhilfe auf die Beine stellen zu können. Wie eini-

ge andere Gemeinden auch in Leipzig haben sie ein Kirchencafé veranstaltet, zu dem Geflüchtete eingeladen waren. Das Internationale Kirchencafé fand seit Anfang 2015 statt, zunächst sehr unregelmäßig, ab 2016 jedoch etwa regelmäßig alle 2 Monate. In den Monaten, wo kein Internationales Kirchencafé stattfand, wurden andere Aktionen, wie zum Beispiel Museumsbesuche angeboten. Teilnehmende sind sowohl einige interessierte Mitglieder der Gemeinde (vor allem das fixe Organisationsteam von ca. 5 Personen und einige ältere Gemeindemitglieder) sowie die Bewohnerschaft der nahegelegenen Gemeinschaftsunterkunft (vor allem Familien mit Kindern, hauptsächlich Frauen mit Kindern oder auch Kinder ohne Begleitung), so eine der Organisatorinnen Wendt (Interview am 01.06.16). Für die Zusammenkünfte werden die Bewohnenden aus der Unterkunft von Freiwilligen abgeholt. Geschieht dies nicht, komme niemand, so die Erfahrungsberichte der Haupt-Organisatorinnen Carolin Wendt und Mechthild Giesinger sowie Pfarrer Sebastian Lange.

Die Idee zu dem Angebot kam aus dem kirchlichen Umfeld. Der Pfarrer berichtet mir, dass 2014 beim »Caritas-Sonntag« Projekte wie ein »Café International« oder internationale Gottesdienste vorgestellt wurden, um diese Idee in die Gemeinden hineinzutragen. Er kommentiert solche Aktionen als »westdeutsch geprägt«, womit er darauf anspielt, dass die Grundvoraussetzungen anders als in seiner Gemeinde sind, in der es weder internationales noch überhaupt reges Gottesdienstpublikum gibt. Dennoch wollte er den Gedanken des Begegnungsortes auf seine Gemeinde übertragen.

»Wir haben nicht so ein internationales Gottesdienstpublikum und dann haben wir gesagt: Eigentlich wäre es doch aber ganz wichtig, dass wir als Gemeinde auch irgendwo nicht da irgendwie – ja, außen vor sind, untätig sind oder sagen wir das Thema interessiert uns nicht, sondern das ist eben doch auch, ja ein Brennpunkt, auch in der Debatte.« (Interview Sebastian Lange 22.2.16)

Daher suchten sie dennoch nach einer Lösung, wollten Teil der »Debatte« sein, um »nicht außen vor« zu sein, um nicht Desinteresse vorgeworfen zu bekommen. Dies kann als Wunsch, an dem gesellschaftlichen und auch kirchlichen Aufschwung von Engagement in der Hilfe für Geflüchtete teilzuhaben gesehen werden. Die Schwierigkeit der Adaption des Konzepts bestand zunächst darin, *überhaupt* eine Zusammenkunft vieler Gemeindemitglieder, und im Idealfall eben eine internationale Zusammenkunft zu erwirken.

Der Versuch, einen offenen Begegnungsraum in Form eines internationalen Kirchencafés in der Gemeinde zu implementieren war von den leitenden Stellen aus erwünscht und wurde eingeleitet. In der praktischen Umsetzung zeigte sich, dass bestehende Konfliktlinien innerhalb der Gemeinde durch diesen Prozess sichtbar wurden. Vordergründig wird mir in erster Linie ein bestehender Generationenkonflikt beschrieben, der sich an der Art und Weise der Religionsausübung

kristallisiert. Da das Einzugsgebiet der Gemeinde in den letzten zehn Jahren zu einer nachgefragten Wohngegend geworden ist, wuchs auch Zahl der Gemeindemitglieder. Die zugezogenen Mitglieder sind tendenziell jünger und nehmen die Angebote der Kirchgemeinde auf eine andere Weise wahr.

»Die gehen jetzt nicht klassischerweise jeden Sonntag in die Kirche, die nehmen Projekte und Aktionen wahr, und Angebote, punktuell. Und das verbittert wiederum die Alteingesessenen, die es gewohnt sind, kontinuierlich und klucken dann auch so und sagen ›Wir sind aber...‹ und ›Wir sagen hier wer darf und wer nicht...‹. Und ich: ›Wieso, wer gibt euch das Recht?‹ Also, auch die, die eben einmal im Jahr kommen, oder einmal im Monat kommen, oder vielleicht gar nicht kommen, aber immer noch in der Kirche sind, die dürfen genauso.« (Interview Sebastian Lange 22.02.16)

Nach den Erzählungen des Pfarrers sowie auch von der Pfarrhelferin Carolin Wendt, auf die ich später ausführlicher zu sprechen komme, gibt es innerhalb der Gemeinde einen Konflikt darüber, inwieweit die Gemeindemitglieder sich in die Gemeinde einbringen sollten. Es werden zwei Pole konstruiert: Auf der einen Seite »der Stamm«, die »Alteingesessenen«, die regelmäßig zur Messe gehen.³ Auf der anderen Seite die Zugezogenen, die wenn sie aktiv werden, dies eher zu bestimmten einzelnen Aktionen tun. Es sind auch eher die jüngeren Menschen sowie Menschen von außerhalb der Kirchgemeinde, die Projekte wie das Internationale Kirchencafé unterstützen. Was dabei deutlich wird, ist nicht nur ein Generationenkonflikt, sondern auch eine unterschiedliche Auffassung von der gesellschaftlichen und politischen Partizipation kirchlicher Gemeinden. Dies erinnert an unterschiedliche Auffassungen von Engagementpraxen allgemein: Während »Ehrenamt« von einer gewissen Beständigkeit und Verbindlichkeit geprägt war, existieren zahlreiche weitere Engagementformen, die mehr individuelle Flexibilität ermöglichen (vgl. Kapitel 3.1).

Pfarrer Lange hatte wie oben zitiert einen Unterschied zum »Westen« angesprochen, auf den er im Gespräch immer wieder einging. Auch in den Erläuterungen von Pfarrer Markus Roth aus einer evangelischen Gemeinde in Leipzig wurde mir klar, dass sich in Leipzig diese Unterschiede durch den Zuzug von Menschen verändern, dass die unterschiedlichen Auffassungen von Engagement in der Kirche nicht nur generationenabhängig sind. Aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Einbettung von Kirchgemeinden in Ost und West können Auffassungen darüber, welche Rolle die Kirchgemeinde einnehmen sollte auch herkunftsabhängig sein. Pfarrer Roth verdeutlichte mir durch seine Erfahrungen als ein aus den ›alten‹ Bundesländern zugezogener Pfarrer, dass es nicht unerheblich sei, dass

3 Pfarrer Markus Roth sagt, im Kirchenjargon bezeichnet man sie als die »Treuen« (Interview am 17.11.17).

vor allem junge, akademisch gebildete Menschen, die oft aus dem Gebiet der ›alten‹ Bundesländer kamen, nach Leipzig gezogen sind. Letzteres bedeutet seiner Meinung nach, dass sie ein anderes Verständnis davon haben, was Kirche für die lokale Gesellschaft bedeute. Die Involvierung von Kirche in der städtischen Gesellschaft sei den Menschen, die eben nicht im Sozialismus groß geworden sind, vertrauter, so Pfarrer Roth. Dies habe vielerlei Auswirkungen auf das Handeln dieser neuen Mitglieder in der Kirchgemeinde: Sie bringen eine Dynamik und ein Selbstverständnis mit in die Gemeinde, auch ein Selbstbewusstsein, sich zu vernetzen und eine professionelle Struktur aufzubauen, die die Verwaltung von Engagement auch als Geschäftsmodell erkennen und nutzen kann. Dies hat in seiner Gemeinde stattgefunden. In den zwei Projekten, die die Gemeinde mit betreut, sind im Jahr 2020 16 Menschen hauptamtlich angestellt, um die Projekte und die involvierten Freiwilligen zu betreuen. Die Offenheit für die Zusammenarbeit mit nichtkirchlichen Freiwilligen habe nach seiner Einschätzung in seiner Gemeinde sogar zu einem Anwachsen der Zahl der Gemeindemitglieder geführt (Interview Markus Roth 17.11.17, Gedächtnisprotokoll).

Diese Ausführungen bestätigen wissenschaftliche Befunde über »Kirche im Osten« einerseits (Schlegel 2020), andererseits über die gewachsene Notwendigkeit der gesellschaftlichen Öffnung kirchlicher Angebote. »Im Osten gehört die Konfessionslosigkeit zur gesellschaftlichen Norm« stellt Schlegel fest (2020). Dies hat Auswirkungen für das gesellschaftliche Selbstbewusstsein. Der Soziologe Karl Gabriel stellt dar, dass »die Überwindung eines lange eingeübten innerkirchlichen Säkularisierungsdenkens, das den Rückzug in eine Enklave am Rand der Gesellschaft legitimiert« innerkirchlich bearbeitet werden müsse, um als ganze Gemeinde selbstbewusst an den gesellschaftlichen Prozessen und Debatten teilnehmen zu können (2015: 21f.). Es ist erstaunlich, dass Kirche in Leipzig sich dieser Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen erst wieder neu bewusst machen muss, »obwohl hier Kirche in ihrer zivilgesellschaftlichen Funktion als Ort politischer Deliberation einer staunenden Weltöffentlichkeit geradezu idealtypisch vorgestellt worden war« (Strachwitz 2015: 7). Dies hängt, so vermute ich, auch mit personellen Umbesetzungen in den Kirchgemeinden seit der Vorwendezeit zusammen. Zu DDR-Zeiten boten Kirchen den einzigen Rahmen für Engagement außerhalb staatlicher Kontrolle und kirchliche Akteur*innen waren sowohl maßgeblich an der sogenannten Friedlichen Revolution als auch in der Folge an den Runden Tischen in Leipzig (und anderswo) beteiligt. Offensichtlich waren diese Netzwerke durch personelle Veränderungen nicht als solches beständig,⁴ sodass nun – teilweise begünstigt durch den Zuzug von Gemeindemitgliedern und

4 Auch hier spielen einzelne Schlüsselpersonen eine besondere Rolle. Heinz Brand zum Beispiel verbindet seit jeher kirchliches mit seinem gesellschaftlichen und politischen Engagement.

Pfarrern aus den ›alten‹ Bundesländern – erneut die politischen und gesellschaftlichen Grenzen kirchlicher Gemeindearbeit ausgelotet wurden.

Nach dem Ende der DDR beschäftigte man sich wieder mit der Frage, wie politisch Kirche sein kann und darf, angesichts ihres »auf das Wohl und das Wehe der Menschen (Christen und Nicht-Christen) konzentriertes politisches Mandat«, mit dem sie »ersatzweise für einen Staat handelte, der selber handlungsunfähig oder -unwillig war« (Fitschen 2010: 201).⁵ Erst 1994 wurde in Sachsen die Beziehung zwischen Kirche und Freistaat als »partnerschaftliches und freundschaftliches Verhältnis [...], das der gemeinsamen Verantwortung für das Wohl des Landes förderlich sein sollte« rechtlich verankert (Fitschen 2010: 207). Die Kirchen beschäftigen sich angesichts ihres anhaltenden Mitgliederschwundes seit dem 19. Jahrhundert auch heute verstärkt mit dem gesellschaftlichen Schritthalten. Eine »Kirche auf dem Markt der pluralistischen Gesellschaft« zu werden, sei das erklärte Ziel, wie es 1996 »aus dem Arbeitskreis der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Thema ›Kirche von morgen‹« hieß (Fitschen 2010: 205). Auch zwei Jahre später wurde als Ziel formuliert »›offene und gewinnende Kirche‹ zu werden und die ›Binnenorientierung‹ der Gemeinden aufzubrechen« (Fitschen 2010: 205). Die »Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche« sind »hochkomplex« und »bauen auf einem

»Staatsverständnis [auf], das im 16. Jahrhundert entwickelt und 1815 in der Schlussakte des Wiener Kongresses langfristig geregelt wurde, heute allerdings zunehmend in Frage steht. Es geht daher heute nicht mehr nur darum, die traditionellen Bindungen zwischen Kirchen und Staat zu hinterfragen, sondern vielmehr um das Problem, wo sich die Kirchen in einem veränderten politischen Ordnungssystem verorten.« (Strachwitz 2015: 32)

Ich verbinde die gewonnen Erkenntnisse über die Öffnung des asylpolitischen Feldes Leipzig mit diesen Gedanken und stelle die These auf, dass eine Neuverortung der Kirche in der Stadtgesellschaft aufgrund dieser Veränderung notwendig wird. Ich habe gezeigt, dass politische Partizipationsformen sich verändert haben, dass Policies auf allen politischen Ebenen mitgestaltet werden. Kirchengemeinden nehmen an dieser Öffnung teil, wenn sie sich in ihren Organisationsstrukturen widerspiegelt und wenn Einzelpersonen diese Öffnung vorantreiben. Dies berührt auch die Frage, wie politisch Kirchengemeinden sind bzw. sein sollen/wollen. Gerade auf dem Feld der Asylpolitik stellt die Kirche einen besonderen Schutzraum dar, insbesondere »in Fragen des menschenrechtlichen Schutzes für Statuslose und in einer

5 Beim Neuaufbau des sächsischen Freistaates wurde auch das Verhältnis von katholischer bzw. evangelischer Kirche und ihrer Pfarrer im Verhältnis zum Staat neu verhandelt, zum Beispiel in der Frage, wo sie an Einweihungshandlungen beteiligt sein sollten (vgl. Fitschen 2010: 201).

an den Menschenrechten orientierten Entwicklungspolitik« (Gabriel 2015: 22), beispielsweise durch Kirchenasyl. Diese traditionellen Unterstützungsmöglichkeiten kirchlicher Strukturen stellen durch ihren Anschluss an aktuelle Debatten und Bedarfe ein Gegengewicht zu den Entwicklungen von »Entkirchlichung und Privatisierung des Religiösen« (ebd.: 19) dar. Meine empirischen Befunde zeigen, dass dieser anhaltenden kirchlichen Öffnungsbewegung die breite gesellschaftliche Hilfsbewegung für Geflüchtete zugutekam, wenngleich es erhebliche Unterschiede zwischen den Gemeinden gab. Dies verdeutlicht, dass die Kirchen »wichtige Zentren von bürgerschaftlichem Engagement dar[stellen]« (Strachwitz 2015: 34) und insbesondere im Bereich der Geflüchtetenhilfe durch ihre traditionelle Rolle auch eine politische Rolle durch ihre Partizipation mit und in der Gesellschaft einnehmen können (vgl. ebd.: 35). Um diese einnehmen zu können, müssen sie zu einem gestaltenden Akteur in der Assemblage werden.

Am Beispiel der Gemeinde von Pfarrer Lange wird deutlich, dass die Etablierung eines Projekts für Geflüchtete, trotz Würdigung und Unterstützung von offizieller Seite innerhalb der katholischen Kirche (durch das Bistum), sowohl organisatorisch als auch ideell äußerst schwierig war. Die Gespräche mit den Organisierenden drehten sich dann vorwiegend um die Schwierigkeit, dieses Projekt am Laufen zu halten. Ganz anders als in der Gemeinde von Pfarrer Roth verfestigten sich hier nicht die freiwilligen Strukturen. Nachdem Organisatorin Mechthild Giesinger sich im April 2016 aus zeitlichen Gründen vom Engagement zurückziehen musste, übernahm Carolin Wendt die Hauptorganisation des Internationalen Kirchencafés. Was mir auffiel ist, dass im Gegensatz zu zahlreichen anderen Schilderungen von Ehrenamtlichen über ihr Engagement, Wendts Geschichte keine Erzählung von persönlichen Erfolgen im Engagement enthält. Im Gegenteil: Sie beschreibt mir, dass sie in der Organisation des Kirchencafés nur sehr wenig Unterstützung von anderen Gemeindemitgliedern erfährt. Vor jedem Event schickt sie Emails mit Unterstützungsanfragen, wovon sie zum Beispiel bei 60 Anfragen etwa vier Antworten bekäme. Sie empfindet sich nicht nur als Initiatorin, sondern auch als die, die dann das gesamte Projekt vom Einkauf über Vollzug bis hin zum Aufräumen selbst stemmt. Diese eher als passiv skizzierte Stimmung in der Gemeinde erkenne sie jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Internationalen Kirchencafé. Insbesondere im Jugendbereich vermisst sie Interessensbekundungen der betreffenden Gemeindemitglieder. Die Zweifel, die sie in Bezug auf ihre Aufgabe als Koordinatorin des Projektes hat, beziehen sich letztendlich auf die allgemeinen Erfahrungen in der Gemeinde und darauf, dass sie es nicht schafft, ähnlich erfolgreiche Projekte zu etablieren, wie sie sie anderswo sieht (im kirchlichen und nichtkirchlichen Kontext). Es findet ein Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Feldern statt, der schon in der Motivation, das Projekt zu starten, zu finden war. Die Konflikte, die es in der Gemeinde schon gibt, werden hier in einem breiteren gesellschaftlichen Diskurs gesehen. Wendt hinterfragt im folgenden Ausschnitt das Projekt

eben auch in dieser Hinsicht. Dies führt sie auch hin zu der Frage, welche Rolle Kirche überhaupt spielt angesichts der zahlreichen Veränderungen, die in ihrer Gemeinde stattfinden:

»Gerade in der heutigen Zeit, wo es tausend andere Angebote gibt, einfach nochmal gucken, wie man anders arbeiten kann, dass man was macht, was die Leute wirklich wollen, dann haben sie ja auch Lust mitzumachen. Das finde ich ganz wichtig. Und dann kann man sie auch mitreißen, wenn es ihre Ideen sind. Ich glaube, dass jetzt dieser Übergang im Moment so schwer ist für uns alle. Dieses Außenangebot einerseits – und was machen *wir* eigentlich, wozu sind *wir* da? Ja, zum Taufen, zum Heiraten, zum Beerdigen. Firmung wird noch mitgenommen und dann brechen die Leute wieder auf und gehen woanders hin. Also ich glaube wir müssen vieles mehr mit Inhalten füllen und von Leuten hören, was sie wollen [...]. Es ist ja auch nicht schlimm, dass sich's verändert hat, aber wir müssen halt gucken, oder wollen halt auch gucken, was macht denn der Glaube aus oder was ist denn noch wichtig, was wollen wir denn eigentlich? Warum sind wir denn Kirche?« (Interview Carolin Wendt 01.06.16)

Der Wunsch, die Leute in der Gemeinde zu erreichen, verknüpft sich auch hier damit, ihnen in dem, »was sie wollen«, entgegenzukommen. Das erinnert an das Vorgehen der Ehrenamtskoordination und zeigt, dass diese Konventionen von individueller Planung auch hier wirksam sind. Auf die Veränderungen in den Engagementformen einzugehen, erscheint auch Carolin Wendt als Schlüssel zu mehr freiwilliger Mitarbeit in der Gemeinde. Der »Riss« der dahingehend die Gemeinde spaltet, wird gerade durch Asylthemen selbst sichtbar. Pfarrer Lange beschreibt mir ausgiebig seine zahlreichen Versuche, mit asylkritischen Stimmen in seiner Gemeinde ins Gespräch zu kommen. Er versteht die Einwände als Ausdruck von »Ängsten« und betont:

»Ich lade immer wieder ein: Sprecht doch nicht immer *über* diese Menschen, sondern *mit* ihnen, oder versucht ihnen mal zu begegnen erst einmal, um das auch *angstfrei*, also in ihrem Kirchencafé. Das ist euer Raum, also quasi eure Heimat und die Menschen laden wir ein, die sind ja Gäste und dann könnt ihr euch mit denen unterhalten. Aber: Kommt ja niemand von den Kritikern. [...]. Es gibt auch Pfarrgemeinderatsmitglieder, die für die AfD arbeiten und auch von dieser Denkrichtung herkommen. Das wird auch auf diesen Gremien-Ebenen diskutiert.« (Interview Sebastian Lange 22.02.16)

Er sucht den Dialog und er wünscht sich, dass die »kritischen Geister« teilnehmen an seinen Kommunikationsangeboten. So entstand auch die Idee, eine Podiumsdiskussion in der Gemeinde zu initiieren, mit externen Fachleuten, die über aktuelle Asylpolitik in Leipzig und Deutschland informieren sollten. Ich moderierte den Abend, es war sehr informativ, aber die »Kritiker« kamen wieder nicht. Der Pfarrer

zeigte sich enttäuscht, weil ein erneuter Versuch des Austauschs, des Dialogs mit den asylkritischen Stimmen innerhalb seiner Gemeinde fehlgeschlagen war.

Im Folgenden möchte ich einen Blick auf die Debattenkultur in einer anderen Gemeinde (B) werfen, mit deren Pfarrer Roth ich über seine Positionierung bei politischen Debatten gesprochen habe. Dieser sagte, es gäbe zwei Strategien, mit Unstimmigkeiten einer Kirchengemeinde umzugehen: Erstens, der »ständige Dialog«, was die Strategie von Pfarrer Lange ist. Und zweitens: »Attacke« (Interview 30.05.16). Roth berichtet, dass in seiner Gemeinde auch versucht wurde, eine Debatte über Zuwanderung und die Rolle von Kirche darin in Gang zu bringen. Er sagt, wenn man da nicht in einem »schnellen Tempo« eingreife, sei das eine »sich selbst verstärkende Spirale«. Er vertritt den Ansatz »Attacke« und plädiert dafür, dass das (diskursive) »Schwungrad unterbrochen und dann andersrum gedreht werden muss« (ebd. 30.05.16). Es brauche dafür auch eine Bereitschaft, die Debatte öffentlich zu führen (ebd. 30.05.16) und auch eine gewisse Vorbereitungszeit, in der er sich inhaltlich mit den Fakten und seinen Diskussionspartnern auseinandersetzt (ebd. 17.11.17). Es sei bedeutsam, als hauptamtlicher Akteur den Freiwilligen in dieser Hinsicht auch den Rücken zu stärken und für Klarheit der Richtung zu sorgen. Es brauche in der Gemeinde auch eine Figur, die vormacht, wie das geht. Seiner Erfahrung nach hören nach solchen klaren Äußerungen die Versuche, das Schwungrad, in dem Sinne, zurückzudrehen recht schnell wieder auf (ebd. 30.5.16).

Exemplarisch für dieses Vorgehen ist eine Auseinandersetzung über die politische Positionierung des Pfarrers, in die Pfarrer Roth viel später, nämlich im September 2017 auf Facebook involviert war: Roth hatte am 26.09.2017 eine Karikatur auf Facebook geteilt, auf der vor dem Deutschen Bundestag ein Siegertreppchen steht. Das damals aktuelle Ergebnis der Bundestagswahlen wird dabei aufgegriffen und wie folgt dargestellt: Auf Platz 1 Angela Merkel, auf Platz 2 Olaf Schulz. Auf dem Treppenabsatz für Platz 3 befindet sich zunächst ein graues Hakenkreuz, auf dem wiederum Alexander Gauland steht, dort karikiert mit grünem Gesicht und verzogener Mimik, die sehr fratzenhaft, vielleicht als hämisch grinsend interpretiert werden könnte.

Jemand fragte ihn in einem Kommentar: »Ist es die Aufgabe eines Pfarrers, Hass zu verbreiten?«. Der Pfarrer antwortete, es sei die Aufgabe eines Pfarrers, den »Beschluss der ›Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens‹ von der Herbstsynode 2015 umzusetzen«, den er daraufhin zitiert.⁶ Ein weiterer kommentiert:

»[Er zitiert zunächst die Herbstsynode, wie zuvor Pfarrer Roth:] ›Als Christen sind wir entsetzt über die Gewalt und die Infragestellung der Gleichwertigkeit aller Menschen egal welcher Herkunft...gilt das für alle Menschen, außer für AFD'ler

6 Das gleiche Zitat ist auch im unten dargestellten Facebook-Post (Abb. 16) nachzulesen und wird deswegen hier nicht komplett zitiert.

bei Ihnen? So hört sich Ihre Auslegung des Christentums nämlich an.« (Facebook-Post 26.09.17)

Später verfasst dieser Kommentator noch einen eigenen Facebook-Post an den Pfarrer, den man jedoch nicht dauerhaft auf der Timeline des Pfarrers sehen konnte. Der Pfarrer schreibt daraufhin einen eigenen Post auf seine Seite (der dort dauerhaft sichtbar ist), in dem er den gelöschten Kommentar zitiert und ihn dann beantwortet (vgl. Abb. 16).

Es wird deutlich, dass der Pfarrer die Plattform Facebook nutzt, um selbst politische Statements öffentlich abzugeben (2100 Follower im Jahr 2019) und Auseinandersetzungen aktiv etwas entgegenzustellen. Er argumentiert auf mehreren Ebenen, teils persönlich unter Bezugnahme des Facebook-Profiles des Kommentators und erwirkt so letztendlich auch auf diesem Spielfeld das Verstummen des Kommentators.⁷ Pfarrer Markus Roth ist auch als politischer Akteur in der Gesellschaft vernetzt und nutzt öffentliche Plattformen, um mit gesellschaftlichen Akteur*innen in Kontakt zu kommen. Dies zeigt auf, welche gestaltende Rolle kirchliche Akteur*innen sowohl für die Kirchengemeinde als auch für die asylpolitische Assemblage im Sinne einer Repositionierung kirchlicher Strukturen in der Stadtgesellschaft haben kann.

Die vorgestellten Kirchengemeinden sind gesellschaftliche Felder, die unabhängig von politischer Gesinnung Gruppen von Menschen zusammenfassen. Anders als politische Initiativen, in denen die ideelle Konformität der Mitglieder meist gegeben war, gibt es in Kirchengemeinden alle möglichen Einstellungen zu Asylthemen. Die Gestaltung von Begegnungsorten war abhängig vom Umgang mit asylkritischen Menschen in der Gemeinde. Dabei schien die Stimmung in der Gemeinde in einer Wechselwirkung mit dem Erfolg des Projekts zu sein, das Selbstverständnis der Akteur*innen konnte dann in der Folge dazu führen, dass die geschaffenen Begegnungsmöglichkeiten sich institutionalisierten oder nicht. Während in der Gemeinde von Pfarrer Roth zunehmend hauptamtliche Stellen durch den Erwerb von Fördermitteln erworben wurden, stagnierte die Koordinierung des Angebots in der Gemeinde von Pfarrer Lange. Das zeigt, dass ›Leadership‹ wesentlich ist, um den Freiwilligen den Rücken zu stärken. Eine befürwortende Policy unterstützt den Erfolg von Projekten und die Etablierung von Angeboten interkultureller Begegnungen.

Dennoch ist diese befürwortende Policy allein nicht ausreichend, damit neue Begegnungsorte entstehen und sich etablieren können. Sie stehen in einer Wechselwirkung mit der Initiative von Einzelpersonen, wie das folgende Beispiel verdeutlicht.

7 Am 17.11.17 berichtet er mir, dass er rausgefunden hat, dass dieser Kommentator vom Sächsischen Verfassungsschutz beobachtet wird.

Abbildung 16: Beitrag auf der Facebook-Seite von Pfarrer Markus Roth (26.09.17).

Pfarrer Markus Roth 26. September · 11

Liebe Facebook-Community,
die Woche beginnt sportlich LG **Markus Roth**

Kommentator:

Sie sollten sich als Pfarrer um alle Ihre Schafe kümmern, auch die Besorgten oder Abtrünnigen! Sie spalten stattdessen weiter. Dialog wäre angebracht. Nicht umsonst treten Christen reihenweise aus der Kirche aus oder kommen nicht mehr zu den politisierten Gottesdiensten. Ich bitte Sie, mit Ihrer Haltung, machen Sie die Situation nur noch viel schlimmer.

Markus Roth : Auch nach dem Blick auf Ihre Timeline: Erstens: Wer Oliver Kahn mag, sollte mit Leadership vertraut sein; zweitens: Das ist ja eine lustige Idee, dass Religion und Politik nichts mit einander zu tun haben (kleiner Tipp: Die Kreuzesschrift INRI weist auf einen politischen Vorwurf gegen Jesus; drittens: Mindestens vier der 10 sächsischen AfD-Abgeordneten sind vor der Wahl durch rassistische Denk- und sprachmuster aufgefallen - wer das wetter für seinen Urlaub googeln kann, hätte das zügig herausgefunden; viertens: Es allen ernstes herumdrehen, dass nicht Menschen wie Jens Maier oder aus Leipzig Siegfert Droese spalten, sondern die darauf aufmerksam machen, ist argumentativ schwach; fünftens: Mein Handeln wird vom beschluss des höchsten sächsischen kirchenparlaments aus dem Herbst 2015 geleitet: Als Christen sind wir entsetzt über Gewalt und die Infragestellung der Gleichwertigkeit aller Menschen egal welcher Herkunft und Religion. Organisationen und Bewegungen, die dies dulden oder fördern, rufen unseren entschiedenen Widerspruch hervor. Wir erklären, dass Fremdenhass und Rassismus in jeder Form sowie Gewalt in Worten und Taten nicht mit dem Evangelium Jesu Christi vereinbar sind. Sechstens: Es treten aktuell mehr Menschen aus der Kirche aus, weil die kirche gesellschaftlich schlecht positioniert ist, als andersherum; siebtens: Rassisten verdienen Nachteile und keinen Dialog; achtens: Von Haltung habe ich auf ihrer Timeline wenig entdeckt ...

👍 Gefällt mir 💬 Kommentieren

👤 11

anderer Kommentator: Weil eben **Markus Roth** so klar Stellung bezieht und sich in die Politik einmischt besuche ich seinen Gottesdienst wenn ich in Leipzig bin. Diese klare Haltung vermisse ich in meiner Kirchengemeinde. Aus Angst vor Kirchenaustritten Kirche und Politik auseinander zu halten ist m. E. falsch weil engagierte Menschen in diesem Fall der Kirche fernbleiben.

Gefällt mir · Antworten · 2 · 27. September um 08:41

7.3 Politische Teilhabe des Migrantenbeirats

»Politische Partizipation fördert die Identifikation mit und die Integration in die Gesellschaft. Daher ist sie eine wesentliche Dimension des Integrationsprozesses.« (Stadt Leipzig 2012: 62)

Die fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen, die die Stadt Leipzig in ihrem Integrationskonzept als »Demokratiedefizit« (ebd.: 62) bezeichnet, wird in Leipzig vor allem durch die aktive Werbung für und Befürwortung von Einbürgerungen gefördert. Darüber wird der Migrantenbeirat als eine Form der Kompensation dieser rechtlichen Einschränkung des Wahlrechts verstanden (vgl. ebd.: 62).

Der Migrantenbeirat ist ein Ausschuss, der dem Referat für Migration und Integration zugehörig ist. Aufgrund eines Beschlusses der 49. Ratsversammlung am 17.09.2008 wurde der Migrantenbeirat der Stadt Leipzig am 06.02.2009 gegründet (vgl. Stadt Leipzig 2018; vgl. Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2012: 2) und hat seit dem 16.12.2009 eine Geschäftsordnung (vgl. Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2009). Er besteht derzeit aus 22 Mitgliedern, davon sind sechs Fraktionsmitglieder im Stadtrat, die übrigen 16 sind laut Internetauftritt »Migrant/innen«. Sie wurden ernannt, nachdem sie sich auf das Amt bewerben konnten. Die genauen Auswahlkriterien dazu sind unklar (vgl. Kapitel 7.3.2).

»[Sie] oder ihre Eltern stammen aus 15 verschiedenen Ländern der Welt. Sie sind Spätaussiedler, Eingebürgerte, Vertreterinnen und Vertreter der ersten und der zweiten Zuwanderergeneration, Ausländerinnen und Ausländer mit unterschiedlichem Status.« (Stadt Leipzig 2018)

»Die Wandlung der Stellung der Migrantinnen und Migranten in der bundesdeutschen Gesellschaft spiegelt sich in der Entwicklung der Beiräte wider.« (Baran 2011: 240) Die Zunahme asylopolitischer Themen 2015 und 2016 in allen gesellschaftlichen Bereichen, hat dazu geführt, dass die politische Bedeutung des Migrantenbeirats in Leipzig erneut diskutiert wurde und veränderte Handlungspotenziale etabliert wurden. Ich stelle die These auf, dass die Mitglieder des Migrantenbeirates 2015 durch ihre Mitgliedschaft in Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) mehr Funktionen als Vermittler*innen für Geflüchtete einnahmen. Dadurch gestalteten auch sie die Assemblage aktiv mit, was ihnen einerseits mediale und politische Aufmerksamkeit brachte, andererseits die Grenzen ihrer politischen Partizipationsbestrebungen ausweitete, sich also auf das Selbstbewusstsein auswirkte.

Im Folgenden betrachte ich die Entstehung und Entwicklung des Migrantenbeirats und stelle ausgewählte Konfliktlinien dar, die die politische Partizipation und Positionierung in der Assemblage betreffen. Während Leipzig 1990 die erste ostdeutsche Kommune war, die das Amt des Ausländerbeauftragten durch den Runden Tisch beschloss und etablierte (vgl. Phillips und Rink 2009; vgl. Raulien

2015), verlief die Gründung eines Migrantenbeirates schleppender. Als Dresden (1990), Zittau (1990) und Chemnitz (2002) schon Migrantenbeiräte eingerichtet hatten (vgl. Naumann 2020: 203), fand in Leipzig 2002 ein entsprechender Antrag keine Mehrheit im Stadtrat und das Thema kam erst sechs Jahre später wieder auf die Tagesordnung der Leipziger Ratsversammlung (vgl. Phillips und Rink 2009: 405). Ich sprach mit einem der involvierten Gründungsmitglieder, das schon in dieser Zeit vor der offiziellen Gründung aktiv an diesem Prozess beteiligt war. Die Person bezeichnet die »mühselige« Überzeugungsarbeit, die sie und ihre Mitstreiter damals in Einzelgesprächen mit Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden geleistet hatten, als »Tippeltappeltour« (Interview am 24.03.16). Zahlreiche persönliche Gespräche waren nötig, um diese politische Entscheidung auf den Weg zu bringen. Dazu gehörte auch, »die Vorstellung zu ändern, dass es sich nicht um einen Verein handelt, sondern um eine Vertretung der Migranten, um eine Brücke zwischen Migranten und Stadtrat und Stadtverwaltung«, so das Gründungsmitglied (ebd.). Gegensprecher aus der Stadtverwaltung haben seiner Erzählung nach mit der sächsischen Gemeindeordnung argumentiert, die die Bildung von Migrantenbeiräten zwar nicht explizit, aber die Gründung von »sonstigen Beiräten« vorsieht (Sächsische Gemeindeordnung §47). Angesichts der zu diesem Zeitpunkt schon existierenden Migrantenbeiräte in Sachsen erscheint dieses Argument verwunderlich.

In Anbetracht der deutlichen Bekundungen der Stadt Leipzig zu Weltoffenheit und zu politischer Teilhabe aller Menschen auch ohne deutschen Pass (vgl. Stadt Leipzig 2012: 97f.) wird in der Geschichte des Migrantenbeirates an mehreren Stellen deutlich, dass diese klaren Botschaften nicht mit einer Klarheit in der politischen Funktion des Migrantenbeirates einhergehen. Im Folgenden verdeutliche ich dies anhand empirischer Beispiele:

7.3.1 Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Rolle

Im ersten Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirats über den Zeitraum vom 06.02.2009-31.08.2012 wird deutlich, dass die ersten Jahre von Unklarheiten im Ablauf bürokratischer Verfahren gekennzeichnet waren, »weil den verschiedenen Ausschüssen und weiteren Vertretern und Vertreterinnen der Verwaltung nicht bewusst und wichtig war, dass zu einzelnen Vorlagen auch der Migrantenbeirat gehört werden muss« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2012: 5f.). Dies habe sich im Jahr 2012 positiv geändert: »Wenn es um Belange von Migrantinnen und Migranten in Leipzig geht, dann wird der Beirat angehört.« (ebd.: 5f.) Diese Entwicklung wird im 2. Tätigkeitsbericht (01.09.2012-31.03.2014) bestätigt:

»Der Beirat ist nun ein fester Bestandteil des kommunalpolitischen Prozesses. Und auch wenn es ein schwerer Weg war, so hat es sich doch gelohnt. Die verschiedenen Ausschüsse und Vertreter/-innen der Stadt Leipzig lernten im Laufe

der Zeit die Bedeutung des Migrantenbeirates und seiner Beiträge für ein funktionierendes und vielfältiges Miteinander zu schätzen.« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2014: 2f.)

Zusätzlich wurde im April 2012 eine halbe Stelle im Referat für Migration und Integration zur Unterstützung des Migrantenbeirats eingeführt (ebd.: 3). Im 3. Tätigkeitsbericht (01.04.2014-31.12.2016) wird deutlich, dass im Jahr 2015 durch die »Neukonstituierung im April 2015« sowie durch die erhöhten Anforderungen im Zusammenhang mit den gestiegenen Zuwanderungszahlen ein Wandel stattfand. Die Sitzungszahl wurde aufgrund der anliegenden Themen erhöht und dem neu zusammengesetzten Beirat⁸ »erschien [es zunächst] sinnvoll, sich zu seinem Selbstverständnis zu positionieren sowie die bisherige Arbeitsweise grundlegend zu hinterfragen« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2017: 5). Soweit ich es während meiner Teilnahme in den Sitzungen des Migrantenbeirates wahrnehmen konnte, ging es bei dieser Neupositionierung im Selbstverständnis um politische Anerkennung auf Augenhöhe im Stadtrat sowie um die Diskussion, inwieweit der Migrantenbeirat sich politisch einmischen sollte.

Bei der Sitzung des Migrantenbeirats am 15.01.16 waren zu Beginn Fachangestellte aus dem Sozialamt zugegen, die eingeladen wurden, um über ihre Arbeit zu informieren und Fragen des Migrantenbeirats zu beantworten. Im Anschluss daran wurden ungeklärte Fragen unter den Beiratsmitgliedern sowie die Frage diskutiert, wie der Migrantenbeirat sich weiter mit dem Thema auseinandersetzt. Ein Mitglied sagte, dass es hier ganz klar »Handlungsbedarf« sehe (die Umstände zu ändern). Die Vorsitzende schiebt ein schnelles »Informationsbedarf!« hinterher. Diese zwei Betrachtungsweisen stehen hier offensichtlich im Widerstreit. Verschiedene andere Mitglieder positionierten sich in Form eines ersten Meinungsbildes dazu. Die Sitzung ist jedoch fast vorbei und es wird klar erwähnt, dass jetzt gerade nicht die Zeit dafür ist, das ausdiskutieren.

Im Gespräch mit einem anderen Mitglied, Maria Milani (Interview 12.05.16) erfuhr ich, wie unzufrieden sie sei mit ihrem politischen Handlungspotenzial als Mitglied des Migrantenbeirats. Alles was sie dort praktisch machen könne sei, die Anträge der Fraktionen abzustimmen. Dabei imitiert sie mit dem rechten Arm der hoch und runter geht »up – down – up – down« und schaute dabei gelangweilt. Das Ergebnis der Abstimmung sei »egal«. Die Anträge der Fraktionen werden als erstes behandelt. Die »wirklich wichtigen Dinge«, wie zum Beispiel eigene Anträge, landen immer unter »Sonstiges« und da seien die Fraktionsvertreter der Stadt bereits nicht mehr im Sitzungssaal. »Nach drei Stunden kann man nicht mehr und dann sind wir nicht mehr beschlussfähig«. Es sei schon mehrfach vorgekommen, dass so über Anträge von ihr nicht abgestimmt werden konnte, weil sie nicht mehr

8 Einige Mitglieder haben aufgehört und neue wurden ernannt.

beschlussfähig waren, da zu viele schon gegangen waren. Sie zweifelt oft, fragt sich warum sie es überhaupt weiter macht. Sie hat aber immer noch die Hoffnung, dass sie vielleicht einmal doch etwas mit ihrer Stimme bewegen kann, deswegen bleibt sie im Migrantenbeirat.

Als im August 2016 der Bürgermeister und Beigeordnete für Allgemeine Verwaltung, Ulrich Hörnig,⁹ das erste Mal im Migrantenbeirat zu Gast war, würdigte er das Engagement der Mitglieder und bot seine aktive Unterstützung an, ihnen zu mehr politischer Mitsprache zu verhelfen. Diese Rede zu erleben, verdeutlichte mir, wie bedeutsam diese Worte für die Mitglieder des Beirats zu diesem Zeitpunkt waren. Er bestärkte sie darin, dass aufgrund ihres deutschen oder europäischen Passes (den die meisten besitzen) auch Mitglieder des Stadtrates werden können, um Ämter mit mehr politischer Schlagkraft bekleiden zu können (vgl. [eigenes] Sitzungsprotokoll vom 12.08.16). Nach einer umfangreichen Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit aller Mitglieder forderte er sie auf, darüber hinaus noch mehr von ihren politischen Rechten als Beiratsmitglieder wahrzunehmen:

»Sie können und müssen auch im Stadtrat was sagen. Im Sitzungsbetrieb der Ausschüsse können Sie immer jemanden hinschicken. Die Geschäftsordnung sieht vor,¹⁰ dass die Teilnahme an den Ausschüssen möglich ist. Sie können dort hinkommen, wir können das in Gang setzen, damit Sie dort »ein Gesicht bekommen«. Sie müssen jedoch jemanden designieren, der dort hin geht. Sie haben drei Vorsitzende, das ist »sehr basisdemokratisch«. Ich fordere Sie auf, sich das zu überlegen und sich da auszurichten.« (eigenes Sitzungsprotokoll 12.08.16, Wiedergabe sinngemäß)¹¹

Zum Zeitpunkt meiner Feldforschung war es in der Praxis die Hauptaufgabe des Migrantenbeirates, die Anträge der Fraktionen abzustimmen, die in irgendeiner Form mit den Belangen von zugewanderten Menschen in der Stadt Leipzig zu tun haben. In der Geschäftsordnung des Migrantenbeirates liest sich das wie folgt:

»Der Migrantenbeirat wirkt an kommunal-politischen Entscheidungsprozessen der Stadt mit, soweit dabei die besonderen Interessen der Angehörigen der zugewanderten Bevölkerungsgruppen berührt werden. Besondere Interessen sind

-
- 9 Hörnig ist seit November 2015 der neue Bürgermeister, unter dem auch der Migrantenbeirat (MB) im Referat für Migration und Integration organisiert ist.
- 10 »(3) Der Migrantenbeirat leitet Anliegen, Stellungnahmen und Empfehlungen über seine Geschäftsstelle an die Fachausschüsse, den Stadtrat oder die Verwaltung weiter. Er berät diese in allen migrantenrelevanten Angelegenheiten« (Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2009: 1).
- 11 Das Jugendparlament, das eine ähnliche institutionelle Ausrichtung wie der Migrantenbeirat hat und bestimmte Prozesse und Funktionsweisen in dieser Sitzung schon mehrfach mit dem MB verglichen worden waren, nutzt diese Chance zur aktiven Teilnahme an den Ausschusssitzungen.

solche, die sich aus ihrer rechtlichen, sozialen, ethnischen und religiösen Stellung ergeben.« (Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2009: 1)

Diese Abstimmung im Migrantenbeirat ist zwar Pflicht, jedoch ist der Ausgang der Abstimmung rechtlich nicht bindend, wie auch die oben beschriebenen Ausführungen von Maria angedeutet haben (vgl. Interview 12.05.16). Die Aussagen des Bürgermeisters Hörning waren also sehr innovativ und empowernd, obwohl er die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht geändert, sondern nur verdeutlicht hatte. Sie trafen den Nerv der Mitglieder. Wie sich aus den weiteren offiziellen Sitzungsprotokollen des Migrantenbeirates herleiten lässt, hat sich die politische Aktivität des Migrantenbeirats nach der Rede Hörnigs deutlich erhöht. Es fand eine Beratung einzelner Mitglieder bezüglich der Mitarbeit in den Fachausschüssen (FA) statt. Der Leiter des Migrantenbeirates brachte im Dezember 2016 Anträge im Fachausschuss Allgemeine Verwaltung ein. Im April 2017 wurden dann sechs Fachvertretende benannt für die Teilnahme an Fachausschüssen. In dieser Hinsicht hat sich die praktische Mitbestimmung des Migrantenbeirates verändert, wenn auch ohne geltende Verordnungen zu ändern. Auch die Übersicht über in den Stadtrat eingereichte Anträge im aktuellen Integrationskonzept der Stadt Leipzig (2020: 63) zeugt von einer deutlichen Zunahme der Aktivität ab 2017. Ein Mitglied, das sich im Gespräch mit mir unzufrieden über die Grenzen seines politischen Handelns im Migrantenbeirat äußerte, ist 2019 in den Stadtrat gewählt worden. Das zeigt, dass auch auf individueller Ebene, die von Hörning angesprochenen Möglichkeiten einer umfassenderen politischen Teilhabe genutzt wurden.

Es gibt zwei Strategien, die politische Teilhabe von Migrant*innen zu stärken: Die beschriebenen Beispiele haben verdeutlicht, dass es eine Strategie ist, bestehende Teilhaberechte zu verdeutlichen und Unterstützungsarbeit zu leisten, um die Expertise der Verfahren dieser Teilhabemöglichkeiten aktiv weiterzugeben. Es hat sich gezeigt, dass dies Hinderungsgründe waren, die angesichts der Begrenztheit zeitlicher Kapazitäten für die unentgeltliche Mitarbeit Unterstützungsbedarf benötigten. Es wurde auch deutlich, dass das Selbstverständnis politischer Teilhabe in einer Wechselwirkung mit dem Verhalten von Sachverständigen der bürokratischen Vorgänge, hier der Stadtverwaltung, steht. Der Richtungswechsel im Migrantenbeirat lässt sich auch auf die Rede (und die folgenden Handlungen) des zuständigen Bürgermeisters Hörning zurückführen.

Eine zweite Strategie ist die, bestehende Verordnungen und Verwaltungsabläufe zugunsten der politischen Teilhabe von Migrant*innen zu ändern. Die Schwierigkeiten möchte ich im Folgenden am Beispiel der Bestrebungen der Mitglieder des Migrantenbeirats, eine (in)direkte Wahl zu erwirken, darstellen.

7.3.2 Die Wahl des Migrantenbeirates

Die Gründungsmitglieder wollten von Anfang an einen gewählten Migrantenbeirat in Leipzig etablieren. »Und wir wollten so eine Art, naja, nicht Selbstständigkeit, aber das wir selbst entscheiden.« (Interview Gründungsmitglied 24.03.16) Die Beiräte wurden jedoch von Beginn an ernannt. Maria Milani schildert mir im Interview, dass sie »keine Ahnung hat, warum und durch wen« sie zum Mitglied des Migrantenbeirats ernannt wurde. »Es gab damals 80 Bewerber*innen, aber die Auswahlmodalitäten sind mir völlig unklar.« (Interview am 12.05.16) Stadträtin Juliane Nagel, die regelmäßig für die Fraktion Die Linke an den Sitzungen des Migrantenbeirats teilnimmt, bestätigt fehlende »transparente Kriterien« (Nagel 31.10.18) für die Ernennung der Mitglieder. Für die Wahl strebe man, ähnlich wie in Dresden seit 2009 realisiert, ein Verfahren an, das das Verbot der direkten Wahl von Beiräten (Sächsische Gemeindeordnung §47) dadurch umgeht, dass die von den »in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten« gewählten Mitglieder »im Anschluss [an die Wahl durch den Stadtrat] legitimiert« werden (Nagel 31.10.18). Schon am 15.10.14 hatte die Ratsversammlung einen Antrag des Migrantenbeirates zur »Indirekte[n] Wahl der Mitglieder des Migrantenbeirates« (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2017) beschlossen. Obwohl der Stadtrat diesem Beschluss entsprechend ein Wahlverfahren für den Migrantenbeirat hätte erarbeiten sollen, gab es dahingehend keine weiteren Entwicklungen, bis Anfang 2016 der Migrantenbeirat selbst dieses Thema weiterbearbeitete. Er gründete eine »AG Wahl« die sich »intensiv mit der Ausarbeitung einer Wahlordnung sowie den für die Wahl nötigen Regularien« beschäftigte (Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2017).

Im Frühjahr 2016 bestand auch bei den Mitgliedern des Beirats selbst eine Unklarheit darüber, ob die Wahl stattfinden wird oder nicht. Diese Unklarheit blieb bestehen, das Thema ruhte in der Folge. Im September 2018 schlägt die Verwaltung »entgegen langer Debatten und Willensbekundungen [...] vor, dass der Migrantenbeirat weiter benannt wird. Vorgesehen ist, lediglich eine Qualifizierung und Transparenz des Auswahlverfahrens« (Nagel 31.10.18). Begründet wird dies »aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem bisherigen Verfahren zur Berufung der Beiratsmitglieder«, vor allem »im Hinblick auf Repräsentativität und Qualifikation der Beiratsmitglieder« (vgl. Vorlage des Stadtrates 2018).¹² Erst Anfang Juli 2020 wird erneut ein Vorstoß in Richtung Wahl sichtbar. Die Stadt Leipzig teilt in den News auf ihrer Online-Präsenz mit, dass »die Stadtspitze auf Initiative von Verwaltungsbürgermeister Ulrich Hörning« einen Vorschlag über ein »Kombinationsverfahren« aus Wahl und Ernennung des Migrantenbeirats vorgelegt hat (Stadt

12 Dieser Beschluss wurde im Migrantenbeirat abgelehnt (10 Neinstimmen/4 Enthaltungen), die Abstimmung im Stadtrat wurde vertagt, ebenso wie der vom Migrantenbeirat am 22.11.18 eingereichte Änderungsantrag.

Leipzig 2020c). »Der Stadtrat entscheidet voraussichtlich im September 2020 darüber. Das Verfahren soll noch in diesem Jahr umgesetzt werden.« (Ebd.) Manuela Andrich, Beauftragte der Stadt Leipzig für Migration und Integration, wird im Artikel zitiert: »Das neue Verfahren zur Wahl des Migrantenbeirats ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer gleichberechtigten politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Leipzig.« (Ebd.) Angesichts der Absichtserklärung der Stadt Leipzig im Integrationskonzept von 2012, dass Bürgerbeteiligung auch den Menschen ohne deutschen Pass ermöglicht werden solle, ist die Schaffung der Wahlmöglichkeit der Mitglieder des Migrantenbeirats »ein kleiner Schritt hin zu mehr politischer Teilhabe« für Drittstaatenangehörige, die derzeit kein Wahlrecht in Deutschland haben (Nagel 31.10.18). Aus dem »Stammbaum« der entsprechenden Vorlage zur Wahl (vgl. Vorlage des Stadtrates 2018) geht hervor, dass die Ausgestaltung der Wahlordnung noch verändert und diskutiert wurde. In der dritten Neufassung und nach dem fünften Änderungsantrag wurde die Vorlage dann am 07.10.2020 geändert beschlossen (vgl. Vorlage des Stadtrates 2020).¹³

Am Beispiel des Migrantenbeirates wird deutlich, dass politische Teilhabe, selbst wenn formelle Vorgaben dafür bereitstehen, nur mit der Unterstützung bestehender politischer Strukturen realisiert werden können. Dies funktionierte im vorliegenden Fall ausgelöst durch das Engagement einzelner Personen, die offensichtlich eine zwischen Migrantenbeirat und Stadtverwaltung vermittelnde Position einnahm (die ihr Amt anders als ihr Vorgänger ausführten). Gleichzeitig hat das Beispiel des Migrantenbeirates gezeigt, dass bestehende formale politische Institutionen, wie Stadtratsmitgliedschaft auch als Begegnungsorte offen sind für Migrant*innen, diese Möglichkeit aber nicht unbedingt genutzt wurde. Hier haben die Entwicklungen nach 2015 zu einem stärkeren Bewusstsein geführt. Im neuen Integrationskonzept heißt es: »Eine aktivere Partizipation und selbstbestimmte Beteiligung von Migrant/-innen ist erwünscht und muss gefördert werden, um einen Dialog auf Augenhöhe zu führen.« (Stadt Leipzig 2020a: 50)

13 Es wurde beschlossen, dass 10 von 16 zukünftigen Mitgliedern per Onlinewahl gewählt werden. Die restlichen sechs weitere können sich bewerben und werden von der Ratsversammlung beschlossen. Das Abstimmungsergebnis war knapp: 30 Stimmen waren dafür gegenüber 26 Gegenstimmen. (vgl. Vorlage des Stadtrates 2020). »Insgesamt 43.800 Menschen können Ende März ihre Stimme nutzen und bestimmen, welche zehn Mitglieder sie in den kommenden fünf Jahren im Migrantenbeirat vertreten. 43.800 – das sind Ausländer, die über einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine Duldung verfügen, eingebürgerte Personen und Spätaussiedler. Sie alle müssen am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in Leipzig ihren ständigen Wohnsitz haben« (kreuzer online 10.03.21).

7.4 Zwischenfazit: Engagement für Geflüchtete in der Gesellschaft

Das Engagement von Gruppen innerhalb ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge zu betrachten, stellte in der Position des letzten inhaltlichen Kapitels dieser Arbeit eine Art resümierende Gegenprobe dar. Während die vorherigen Kapitel das politische Feld, die Handlungsräume der Individuen und die Strukturen der Organisationen sowie gesellschaftliche Diskurse beleuchtet haben, betrachtete dieses Kapitel drei Beispiele von Auseinandersetzungen von *Gruppen* von Freiwilligen im Forschungszeitraum. In diesen Auseinandersetzungen spielen alle o.g. Aspekte eine Rolle, sie spielen sich ab in den daraus geformten und sich formenden Assemblagen meines Forschungsfeldes. Auf diese Weise schließt dieses Kapitel mit empirischen Beispielen des Engagements, die in drei verschiedenen gesellschaftlichen Feldern stattfinden: Politische Stadtteilarbeit, Kirche und formelles politisches Engagement in Form des Migrantenbeirates.

Die leitende Frage war, wie diese Gruppen sich im Forschungszeitraum innerhalb der Stadtgesellschaft repositionierten und wie dies ihr Handlungsspektrum beeinflusste. Sorgen die Krise und die gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber Migrations- und Integrationsthemen für mehr gesellschaftliche und politische Durchsetzungskraft und Einfluss seitens der Engagierten?

Begegnungsorte wurden in all diesen Beispielen auf unterschiedliche Weise bereitgestellt, entwickelt oder erkämpft. In allen Beispielen wird die Verwobenheit von den Wünschen, die sie mit ihren Handlungen verbinden und den Grenzen, denen sie in der Realität begegnen auf ein Neues deutlich (vgl. Kapitel 6). Dies hängt auch damit zusammen, dass die Entwicklungen ambivalent und nicht linear ablaufen: Während einige Akteur*innen nach mehr Mitbestimmung suchen und an den existierenden Regulierungen oder hierarchischen Vorgaben scheitern (vgl. Kapitel 7.1), nutzen andere die Gelegenheit, ihre gesellschaftliche Position, um Begegnungsorte durchzusetzen (vgl. Kapitel 7.2). Auch die Bestrebungen des Migrantenbeirates, mehr Mitbestimmung zu erlangen, sind geprägt von einem Für und Wider, von einem Vor und Zurück (vgl. Kapitel 7.3).

Es wird deutlich, dass die Engagierten versuchten, die Grenzen zu überwinden, denen sie sich in ihren jeweiligen Feldern gegenübersehen: Generationenkonflikte und politische Einstellungen in der Gemeinde, sowie die Grenzen der Einflussnahme auf kommunal- und landespolitische Verwaltungszuständigkeiten in den anderen beiden Beispielen. In den Versuchen, diese zu überwinden lässt sich ein Selbstbewusstsein der Akteur*innen erkennen, das sich aus der gewachsenen Bedeutung ihres Engagements im Forschungszeitraum speist. Durch die Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern fanden Freiwillige neue Wege der Partizipation: Anne Thieme wurde Stadtbezirksbeirätin, ein Mitglied des Migrantenbeirates ist 2019 in den Stadtrat gewählt worden. Man kann sagen, dass durch das Ausprobieren, Aushandeln, Diskutieren und Debattieren in dieser Zeit

ein gewisser Anschluss an andere Engagierte und Nicht-Engagierte innerhalb der Stadtgesellschaft bestand. Sei es über Vergleiche, wie die Kirchgemeinde, die auch mitmachen will, oder auch wie Heinz Brand, der nicht mit dem Engagement aufhören kann, weil er jetzt gebraucht wird. Durch diese gesellschaftliche Breite des Interesses, ob befürwortend oder nicht, durch die gesteigerten Ressourcen, die Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten, konnten mehr Engagementpotenziale als sonst aktiviert werden. Communities, die sonst eher untereinander blieben, öffneten sich gegenüber anderen gesellschaftlichen Feldern und neue Netzwerke entwickelten sich, aus denen in den folgenden Jahren weitere Partizipationsansätze entstanden. Darauf blicke ich im Folgenden Fazit-Kapitel.